Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postscheckkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtgirokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Eingesandt 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufslisten von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.

Verantwortlich für die Redaktion: Oberregierungsrat Hans Block in Dresden.

Nr. 49 | Dresden, Donnerstag, 27. Februar | 1930

Vor den entscheidenden Deckungsverhandlungen.

Moldenhauers Programm. — Die kritische Frage der Arbeitslosenversicherung.

Berlin, 27. Februar.

In parlamentarischen Kreisen mißt man der heutigen Kabinettssitzung, die schon um 10 Uhr vormittags beginnt, besondere Bedeutung zu, weil der Reichsfinanzminister die Absicht hat, sich in dieser Sitzung die Ermächtigung zur Ausarbeitung der Vorlagen seines Deckungsprogrammes geben zu lassen.

Es sollen 475 Millionen aufgebracht werden, wovon 170 Millionen an Überweisungen für Länder und Gemeinden abgehen. Die restlichen 305 Millionen reichen aus, das Defizit zu beseitigen. Den Hauptposten des Programms nimmt die Biersteuererhöhung um 240 Millionen ein (wovon 90 Millionen für die Länder bestimmt sind). Die Erhöhung von Kaffee- und Teezoll, die bereits durch Verordnung geregelt ist, ist mit 50 Millionen veranschlagt. Dazu kommen 30 Millionen aus der Vorverlegung der Zahlungstermine für Steuern und Zölle, ferner 65 Millionen aus Benzol- und Benzinzoll. Dieser Punkt des Deckungsprogramms wird besonders lebhaft diskutiert, weil er eine erhebliche Belastung des gesamten Kraftfahrwesens, namentlich aber des Lastkraftwagenverkehrs und damit der Wirtschaft bedeutet. Man plant die Heraufsetzung des Benzinzolles von 5,6 auf 10 Pf. und die Einführung eines Benzolzolles von 10 Pf. Dazu wird dann später eine Verbindung zwischen Betriebsstoffsteuer und der jetzigen Kraftverkehrssteuer treten. Im Rahmen des akuten Programms soll dann die Mineralwassersteuer 40 Millionen erbringen. Schließlich sind noch 50 Millionen anzuführen, die dem Reich aus dem Verzicht auf die Herabsetzung der Industriebelastung zugute kommen.

Der Reichsfinanzminister hat erklärt, daß er das Notopfer unter keinen Umständen mitmache. Die Deutsche Volkspartei besteht außerdem auf ihrer Forderung einer Festlegung des Steuersenkungsversprechens in der Höhe von etwa 600 bis 700 Millionen für das nächste Etatsjahr. Als die schwierigste Frage des ganzen Beratungsstoffes der Kabinettssitzung wird in parlamentarischen Kreisen die Arbeitslosenversicherung angesehen. Es fragt sich sehr, ob die Sozialdemokratie ihre Zustimmung zu dem Plan gibt, die Deckung von 100 Millionen des Defizits der Arbeitslosenversicherungsanstalt selbst zu übernehmen.

Die Steuern, mit denen Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer nicht nur den Fehlbetrag im Reichsetat für 1930 zu decken, sondern auch die Finanzen der Länder sanieren will, setzen laut „Vossischer Zeitung" so aus: Erhöhung der Biersteuer auf 75 v. H. 240 Millionen, Kaffee, Tee 60 Millionen, Mineralwasser 35 Millionen, Benzin 50 – 60 Millionen.

Da diese Mehreinnahmen aus Steuern und Zollerhöhungen noch immer nicht ausreichen, sollen durch die Vorverlegung von Zahlungsterminen bei bestimmten Abgaben im nächsten Steuerjahr 100 Millionen mehr eingebracht werden. Von den Mehreinnahmen sollen 300 Millionen dem Reiche zugeführt werden, der überschießende Betrag von etwa 150 Millionen anteilig den Ländern zugute kommen. Die Arbeitslosenversicherung ist dabei außer Betracht gelassen. Hier ist Dr. Moldenhauer zu seinem ursprünglichen Vorschlag zurückgekehrt, 150 Millionen in Vorzugsaktien der Reichsbahn zur Verfügung zu stellen, die weiteren 100 Millionen sollen eingespart werden, entweder durch Erhöhung der Beiträge oder durch Verringerung der Leistungen.

Ein Berliner Mittagsblatt berichtet, daß die 100 Millionen, die für die Deckung des Defizits der Arbeitslosenversicherung fehlen, nun durch eine Benzin- und Benzolsteuer beschafft werden sollen. Das Projekt dieser Steuerart spielt ja bereits seit einiger Zeit eine gewisse Rolle. Es war bisher aber nur so zu verstehen, daß die Kraftfahrzeugsteuer, die von vielen Seiten als ungerecht empfunden wurde, durch eine Benzin- und Benzolsteuer ersetzt werden sollte. Eine Beseitigung oder Milderung der Kraftfahrzeugsteuer ist aber technisch nicht vor dem 1. Oktober d. J. möglich, weil die Vorausbezahlung bis zu diesem Zeitpunkte läuft. Bei dem jetzt erörterten Projekt, Benzin und Benzol zu besteuern, konnte es sich also nur um eine Zusatzsteuer zur Kraftverkehrssteuer handeln. Dieses Projekt würde namentlich in Kreisen der Wirtschaft und damit auch der deutschen Volkspartei auf erhebliche Widerstände stoßen. Im Reichstag verlautet deshalb, daß man zunächst nicht an eine Benzol- und Benzinsteuer denkt, sondern nur einen Zoll auf diese beiden Betriebsstoffe plant, um nach dem 1. Oktober eine Kombination zwischen Heraufsetzung der Kraftverkehrssteuer und der Betriebsstoffsteuer zu suchen. Vorläufig handelt es sich aber dabei nur um Erörterungen. Eine Entscheidung dürfte frühestens in der heutigen Kabinettssitzung möglich sein.

Die heutige Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 27. Februar.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers begann heute vormittag im Reichstag die angekündigte Kabinettssitzung. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer entwickelte zunächst seine Pläne zur Deckung des Fehlbetrags im Reichshaushalt und zwar in der Form wie wir oben im einzelnen mitgeteilt haben. Es ist anzunehmen, daß die Kabinettssitzung längere Zeit in Anspruch nehmen wird da die Auffassungen der Parteien in wesentlichen Punkten stark auseinander gingen. Der Reichsfinanzminister hat die Absicht, die Presse heute abend eingehend über das Ergebnis der Beratungen zu informieren.

Erfolgreicher Schritt Deutschlands in Polen.

Berlin, 27. Februar.

In der letzten Nummer der „Bromberger Rundschau" ist wieder von 405 Fällen die Rede, in denen von den Polen das Wiederkaufsrecht auf deutsche Güter ausgeübt worden sein soll. Der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Rauscher, hat, wie wir von zuständiger Stelle hören, sofort Auftrag erhalten sich in Warschau über die Richtigkeit dieser Meldung zu informieren. Das Warschauer Außenministerium hat ihm auf seine Erkundigungen geantwortet, es bedaure die Vorfälle, und hat den Auftrag gegeben, die eingeleiteten Verfahren zurückzunehmen.

Kein deutscher Protest gegen Sowjetrußland.

Berlin, 27. Februar.

Ein Berliner Vormittagsblatt meldet, daß man im Auswärtigen Amt beabsichtige, bei der Sowjetregierung Protest dagegen einzulegen, daß die Berliner Sowjethandelsvertretung als Spionagezentrale fungiert. Der deutsche Gesandte in Bukarest soll Anweisung erhalten haben sich über den Fall des Ankaufs des rumänischen Mobilisierungsplanes näheres Material zu beschaffen, nach dessen Eintreffen man sofort energische Schritte unternehmen werde. Diese Meldung entspricht, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, nicht den Tatsachen. Es ist keine Anweisung dieser Art an den Gesandten in Bukarest ergangen.

Genesung des Außenministers.

Berlin, 27. Februar.

Reichsaußenminister Dr. Curtius der am Mittwoch durch eine Erkältung ans Bett gefesselt war, hat sich gesundheitlich so erholt, daß er heute an der Youngplanberatung in den vereinigten Reichstagsausschüssen teilnehmen konnte.

Konflikt in der Preußenkoalition?

Berlin, 27. Februar.

Es scheint beinahe, als ob sich aus dem Ministerwechsel im preußischen Unterrichtsministerium noch weitere politische Folgen ergeben werden. Die Tatsache, daß der Kandidat der sozialdemokratischen Fraktion für diesen Posten, König, durch den Widerstand der demokratischen Fraktion zu Fall gebracht worden ist, hat in sozialdemokratischen Kreisen eine starke Verstimmung ausgelöst, und in demokratischen Kreisen hat man, so erklärt das „Berliner Tageblatt", die Empfindung, als ob dieses Gefühl in einer Art Nadelstichpolitik gegen die Demokraten Ausdruck finden will. Ein Symptom für diese Entwicklung ist u. a. die Auseinandersetzung über die Nachfolger der zurücktretenden demokratischen Oberpräsidenten von Hessen-Nassau und Pommern. Es scheint uns, so betont das demokratische Blatt, im Interesse der Koalition dringend geboten zu sein, die Auseinandersetzung über die Frage, die prinzipiellen Charakter hat, im Einvernehmen aller Regierungsparteien zu schlichten.

Das sei schon deswegen notwendig, damit die Zurückweisung der Angriffe auf die preußische Regierung wie sie beispielsweise in dem am Freitag zur Abstimmung kommenden Mißtrauensvotum gegen Innenminister Grzesinski enthalten sind, mit voller Geschlossenheit aller Regierungsparteien erfolgen könne.

Die Novelle zur Reichshaushaltordnung in dritter Lesung angenommen.

Reichstag.

132. Sitzung am 26. Februar.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Novelle zur Reichshaushaltordnung.

Der Ausschuß hat die Regierungsvorlage in vielen Punkten geändert und vor allem die Kontrollbefugnisse des Rechnungshofes wesentlich erweitert mit der Tendenz, daß möglichst sparsam gewirtschaftet wird.

Reichsfinanzminister Dr. **Moldenhauer** stimmt den im Ausschuß beschlossenen Änderungen der Regierungsvorlage zu. Im Ausschuß sei schon das Problem berührt worden, ob das Ausgabebewilligungsrecht des Parlaments nicht eingeschränkt werden könne. Diese mehr verfassungsrechtliche Frage sollte bei der vorliegenden Novelle nicht entschieden werden, damit der vorliegende Entwurf so schnell zur Verabschiedung kommt, daß er schon beim Etat für 1930 Anwendung finden kann. Der Minister bittet um Ablehnung einer von den Sozialdemokraten beantragten Entschließung auf Ergänzung der Richtlinien für den Reichssparkommissar. Diese Entschließung sollte erledigt sein durch die Erklärung, daß die Regierung kein Bedenken trägt, die Gutachten des Sparkommissars, die dieser selbst für geeignet zur Vorlegung an Reichsrat und Reichstag erklärt, in geeigneten Fällen diesen beiden Körperschaften mit der Stellungnahme des Reichsregierung zuzuleiten.

Die sozialdemokratische Entschließung verlangt die Zuleitung in allen Fällen.

Abg. **Heimann** (Soz.) bezeichnet es als ein Verdienst der Sozialdemokraten, wenn der Prüfung der Reichsausgaben durch den Rechnungshof heute eine größere Bedeutung beigemessen werde als früher. Der Redner wendet sich dann gegen die im Ausschuß abgelehnten Anträge der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei, den Reichssparkommissar als eine mit großen Rechten ausgestattete unabhängige Instanz in das Verfassungsleben einzuschalten. Die Wirtschaftspartei habe diesen Antrag wieder eingebracht. Die Sozialdemokraten wollten nicht das Budgetrecht einschränken, sondern umgekehrt den Einfluß der Reichsregierung, des Reichsrates und vor allem des Reichstages zu stärken, um damit auch das Verantwortungsgefühl dieser Körperschaften in finanziellen Dingen stärken. Wir lehnen es ab, den Reichssparkommissar zu einer obersten Behörde zu machen, mit der andere Kreise nur Streichungen beim Sozialetat auf Kosten der armen Schichten der Bevölkerung erreichen wollen.

Abg. **Hergt** (Dnat.): Das strenge Verantwortungsbewußtsein, das früher die Bürokratie beherrschte, ist verlorengegangen und mußte verlorengehen im parlamentarischen System, bei dem der Minister nicht mehr ein freier Mann, sondern der Exponent einer Partei oder einer politischen Koalition ist. Die Abhängigkeit von der Masse draußen muß ja zu übertriebener Bewilligungsfreudigkeit und dadurch zu finanzieller Unordnung führen. Ordnung in den Etat werden Sie niemals bringen, solange das übertriebene parlamentarische System besteht. Heute werden wir, um überhaupt etwas zu erreichen, diese Bedenken zurückstellen und der Ausschußvorlage zustimmen.

Abg. D. **Schreiber** (Z.) bezeichnet den vorliegenden Entwurf als eine formalrechtliche Schöpfung, die ihren Zweck nur erreichen könne, wenn dahinter die richtige politische Willensbildung steht. Der Reichstag hat mit dieser Vorlage das Schwergewicht der Macht von sich gegeben und in die Hände des Finanzministers gelegt. Der Finanzminister braucht nur Gebrauch zu machen von den Rechten, die ihm gegeben sind.

Die Stellung des Reichssparkommissars ist im wesentlichen eine Persönlichkeitsfrage. Wer daraus eine gesetzlich verankerte Instanz machen will, schafft tatsächlich ein zweites Finanzministerium und ergänzt die grünen Tische durch einen neuen, der außerordentlich viel kostet. Die Tätigkeit des Sparkommissars hat auch ihre Grenzen.

Abg. Dr. **Cremer** (D. Vp.): Meine Freunde stimmen im wesentlichen der Ausschußfassung zu. Für größere Sparsamkeit im Reichshaushalt haben alle Kreise unseres Volkes Interesse. Sie gehen dabei nicht von verfassungsrechtlichen, sondern von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus (Sehr wahr). Wir sind über den Verdacht erhaben, Feinde des parlamentarischen Systems zu sein. Dieses System wird aber nicht dadurch gefährdet, wenn wir nach dem Muster der älteren Demokratien in England als Parlament Selbstbeschränkung üben und die Ausgaben unter stärkere Kontrolle stellen. Unsere Anträge sind gestellt nicht um das parlamentarische System zu unterhöhlen, sondern um es zu festigen. Unsere Finanzpolitik hat gelitten unter dem häufigen Ministerwechsel und dem damit verbundenen Kurswechsel. Unsere Anträge wollen den Leiter der Finanzpolitik bewahren vor dem parlamentarischen Wetterwechsel und wollen damit die dauernde konsequente Linie der Finanzpolitik sichern, die wir brauchen, um zu einer gesunden Finanzwirtschaft zu kommen. Es ist einerlei, ob wir diese Persönlichkeit Sparkommissar oder Haushaltminister nennen.

Abg. Dr. **Bredt** (Wirtschp.): Der Reichstag darf sich nicht darüber täuschen, daß man draußen im Volke mit steigendem Unwillen die Finanzwirtschaft unter dem parlamentarischen System verfolgt. Wenn jede Partei und jedes Ressort Ausgaben verlangt, dann kann der Finanzminister auch nichts machen. Die Bürokratie hat die schwere Schuld auf sich geladen, daß sie das Aufkommen aus den Steuern willkürlich in den Etat einsetzt und so das Parlament über die wahre Finanzlage getäuscht hat. Der Antrag der Volkspartei ist harmlos wir können ihn annehmen. Unser Antrag schaltet die einzig unabhängige und unparteiische Stelle ein, den Reichspräsidenten. Unverständlich ist die ablehnende Haltung der Deutschnationalen, die doch sonst immer angeblich die Stellung des Reichspräsidenten stärken wollen. Bei dem jetzigen System geraten wir in jedem Jahre tiefer in den finanziellen Sumpf hinein.

Abg. **Bernhard** (Dem.): Wenn wir heute die Möglichkeit hätten zur Emission von Anleihen, dann wären wir ja gar nicht in Sanierungsnöten. Wir haben doch auch schwere soziale Notstände lindern müssen, die Finanznot ist also nicht eine Folge parlamentarischer Luderwirtschaft. Das ist schon deshalb unmöglich, weil ja in den zehn Jahren mit wechselnden Mehrheiten regiert worden ist. Die Wirtschaftspartei hat freilich das Glück gehabt, immer von der Regierungsverantwortung frei zu bleiben. Wir halten es für notwendig, daß der Reichstag einen Einblick in die Geheimnisse des Verwaltungsapparates erhält. Trotz der Mängel des Rechnungshofs haben seine Berichte schon dem Reichstag große Dienste geleistet. Dabei haben wir mit Schaudern gesehen, daß höchst bedenkliche außer- und überplanmäßige Ausgaben die Zustimmung der jeweiligen Reichsfinanzminister gefunden haben. Daraus scheint doch hervorzugehen, daß auch die Machterweiterung des Finanzministers keinen sicheren Schutz gewährt. Der Reichspräsident genießt seine Autorität wegen seiner Stellung über den Parteien. Diese Autorität würde gemindert werden, wenn man ihn in die Finanzpolitik einschaltet.

Abg. **Torgler** (Komm.): Was hier von rechts verlangt wird, ist nichts anderes, als der vom Reichsverband der deutschen Industrie geforderte Nationalisierungs-, Spar- und Finanzdiktator. Der Widerspruch der Sozialdemokraten ändert nichts